



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix



Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur
Betreuung der Kriegsdienstverweigerer

NEWSLETTER

Friedensbildung, Bundeswehr & Schule

Ein AGDF- und EAK-Projekt

5. Ausgabe März 2011



Newsletter abonnieren:

E-Mail an: info@friedensbildung-schule.de.
Die E-Mail-Adressen für den Newsletterversand werden gespeichert und nur für den Versand des Newsletters verwendet.

Wir freuen uns über Weiterleitung des Newsletters.

Newsletter abbestellen:

E-Mail an info@friedensbildung-schule.de und sie werden umgehend aus dem Verteiler genommen und Ihre Adressen gelöscht.

Tipps und Anregungen:

Wir sind dankbar, über Hinweise auf aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen o.ä. zum Thema „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“ sowie über Artikel und Tipps zur Weiterentwicklung des Newsletters. Bitte senden Sie ihre Ideen an:
info@friedensbildung-schule.de

Gastbeiträge:

Gastbeiträge sind herzlich willkommen. Diese Beiträge entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion.

Dossier „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“:

Das Dossier ist im November 2010 aktualisiert worden und kann als CD-Rom bestellt werden:
info@friedensbildung-schule.de.
Einzelexemplare des Dossiers verschicken wir kostenlos, freuen uns aber über eine Spende!
Bei größeren Stückzahlen erbitten wir einen Kostenbeitrag.

Das Dossier soll Ende März wieder aktualisiert werden. Wenn Sie neue Informationen, Dokumente oder Internetlinks haben, die für das Dossier interessant sein könnten, schreiben Sie uns doch bitte eine E-Mail.

Durch Personalwechsel sind wir derzeit etwas eingeschränkt und können den Newsletter nicht monatlich herausbringen.

Impressum

Geschäftsstelle AGDF & EAK
Endenicher Straße 41
D - 53115 Bonn
Tel.: 0228 / 24 999-0
Fax: 0228 / 24 999-20
info@friedensbildung-schule.de

V. i. S. d. P.:

Bernd Rieche
rieche@friedensbildung-schule.de

Rosalie Kubny, Projektassistentin
kubny@friedensbildung-schule.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Aktuelles	4
Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Freiwilligendienste	4
Weitere Informationen „aus aller Welt“ zum Thema Friedensbildung, Bundeswehr & Schule	
EntschlieÙung zur Friedensethik in der Schulen	6
Terre des hommes gegen Engagement der Bundeswehr an Schulen	6
Übersicht der Kooperationsvereinbarung der Bundeswehr mit den Kultusministerien der Länder	6
GEW gegen Bundeswehr-Werbung in der Schule	7
Sonstiges	8
Friedenskonsultation	8
Lehrangebot	8
Peace Counts	8
Hinweise auf Initiativen	8

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

1990 bestanden für mich keine Zweifel, nach dem Zusammenbruch des Ost-West-Konfliktes gab es keinen Grund mehr, eine Armee und erst recht nicht die Wehrpflicht in Deutschland zu erhalten. Die Wehrpflicht - ich selbst habe noch als Bausoldat in der NVA "gedient" - habe ich als eine massive Einschränkung von Freiheit erlebt. Daher ist es für mich ein Schritt zu etwas mehr Frieden, dass nun in Deutschland die Wehrpflicht ausgesetzt ist. Junge Männer müssen nicht mehr zwangsverpflichtet einen Dienst leisten, sondern können frei entscheiden, ob und was sie beispielsweise als Freiwillige tun wollen. Erfreulich ist, dass die Möglichkeiten für einen freiwilligen Dienst in den letzten Jahren zugenommen haben - Freiwilligendienste im In- und Ausland werden inzwischen zahlreich und substantiell staatlich unterstützt, ein Gesetz zur Absicherung von Freiwilligen ist verabschiedet. Einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen gibt der Artikel von Jan Gildemeister. Leider ist auch die Bundeswehr verstärkt auf der Suche nach Freiwilligen und beginnt ihre Werbung zeitig in den Schulen. Dies sind nicht immer offenkundige Werbung, sondern oft Bil-

dungsangebote, die die Bundeswehr als selbstverständlichen Akteur neben anderen in Krisenregionen darstellt.

Auf der Strecke bleibt die grundsätzliche Auseinandersetzung, wo und ob militärische Gewalt überhaupt geeignet ist, Konflikte zu lösen und die Auseinandersetzung mit der Gewissensfrage, was es bedeutet, als Soldat töten zu müssen.

Dies kritisch zu hinterfragen - politisch und im Alltag der Schulen - ist Anliegen des Projektes "Friedensbildung, Bundeswehr und Schule" und aller daran beteiligten Partner. Daran mitzuwirken und konkrete Unterstützung zu geben, möchten wir wieder mit diesem Newsletter.

Mit freundlichen Grüßen,
Bernd Rieche

Aktuelles

Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Freiwilligendienste

Freiwilligendienste sind seit einigen Jahren stärker in den gesellschaftlichen Fokus gerückt, vor allem junge Menschen engagieren sich im In- und Ausland. Staatliche Förderung verbindet sich jedoch mit staatlicher Einflussnahme, die eine neue Qualität durch den Bundesfreiwilligendienst erreicht, der möglichst viele Strukturen des Zivildienstes, inklusive des ehemaligen Bundesamtes für Zivildienst (BAZ) erhalten möchte. Ein Thema was daher vielfältig Bezüge zu Friedensbildung in Schule hat. Der folgende Beitrag zeigt die aktuellen Entwicklungen auf.

Freiwilligendienste bieten Menschen die Möglichkeit, sich in einem klar definierten Rahmen für eine Dauer von in der Regel 6-18 Monaten zu engagieren. Nicht nur die Einsatzstellen profitieren von dieser Art des Engagements, auch die Freiwilligen: Sie übernehmen aktiv Verantwortung und sammeln wichtige Erfahrungen und Kompetenzen, die sie z.B. bei der Berufsorientierung, der Arbeitsplatzsuche oder der Gestaltung von biografischen Übergangsphasen (z.B. Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand) unterstützen. Die Landschaft der Freiwilligendienste im In- und Ausland ist in den letzten Jahren sehr bunt und vielfältig geworden. Das Engagement für Frieden und Gerechtigkeit ist nach wie vor ein wichtiger Themenschwerpunkt.

Durch neue Förderprogramme und die geplante, aktuell im Bundestag diskutierte Aussetzung der Wehrpflicht ist viel Bewegung entstanden. Zum einen werden bereits jetzt junge Männer nicht mehr zum Wehr- oder Zivildienst eingezogen. Sie haben aber die Möglichkeit, ihn freiwillig zu leisten. Zum anderen soll der Zivildienst in diesem Jahr auslaufen.

Der Bundesfreiwilligendienst (BFD)

Während die Bundeswehr einen „freiwilligen Wehrdienst“ mit Probezeit und Anreizen plant und dafür bereits wirbt, wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) der Entwurf für ein Gesetz für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) in den Bundestag eingebracht. Durch eine Verdoppelung der Zahl der Freiwilligen soll der Ausfall der Zivildienstleistenden kompensiert werden. Der BFD soll Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen. Er ist als Vollzeittätigkeit konzipiert. Menschen ab

27 Jahren dürfen den BFD mit mindestens 20 Stunden ableisten. Vorangegangen war eine heftige Diskussion über das Verhältnis dieses neuen Förderprogramms zu dem Freiwilligen Sozialen Jahr und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (beide geregelt im Jugendfreiwilligendienstgesetz). Dabei spielten zwei Faktoren eine wesentliche Rolle: 1) Unter welchen Voraussetzungen kann der Bund Freiwilligendienste stärker fördern? FSJ und FÖJ sind bei den Bundesländern angesiedelt, der Bund fördert „nur“ die pädagogische Begleitung. 2) Welchen Einfluss nimmt der Bund auf die bisher primär zivilgesellschaftlich verantworteten Freiwilligendienste? Bislang sind die zentralen Träger des FSJ die Wohlfahrtsverbände und Kirchen plus weitere zugelassene Träger auf Landesebene.

Herausgekommen ist ein Kompromiss: Zum einen hat das BMFSFJ zugesagt, dass die Förderung der pädagogischen Begleitung von FSJ und FÖJ von 72 Euro (FSJ Inland), 92 Euro (FSJ Ausland) bzw. 153 Euro (FÖJ) auf 200 Euro je Freiwilligenmonat erhöht werden soll. Zum zweiten sollen neue Einsatzplätze im Rahmen des BFD nur im selben Umfang gefördert werden, wie FSJ/FÖJ Plätze bestehen. Es soll nicht mehr jüngere Freiwillige im BFD wie in den Jugendfreiwilligendiensten geben.

Zugleich übernimmt das bisherige Bundesamt für den Zivildienst (laut BFD-Gesetz zukünftig Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben) im BFD wichtige Aufgaben, wodurch der Einfluss des Staates gesichert wird: 5 Seminartage (von 25 bei einem 12-monatigen Dienst) müssen, zumindest die jüngeren Freiwilligen, an einem politischen Bildungsseminar bei einer der jetzigen Zivildienstschulen teilnehmen. Die bisherigen Regionalbeauftragten für den Zivildienst sollen analoge Aufgaben wahrnehmen. Und das Bundesamt wird selber Zentralstelle für Träger, die sich keiner der bestehenden bundesweiten Zentralstellen (von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, zukünftig auch weitere Bundesverbände wie die DLRG) anschließen wollen.

Das BMFSFJ plant, im BFD nicht nur die pädagogische Arbeit zu fördern, sondern den Einsatzstellen auch Ausgaben für Sozialversicherung und Taschengeld zu erstatten. Zugleich soll durch Regelungen sichergestellt werden, dass ein BFD-Platz dennoch für die Freiwilligen finanziell nicht attraktiver sein soll, als ein

FSJ-Platz: das ausgezahlte Taschengeld darf nicht höher sein; da im Gegensatz zum FSJ/FÖJ kein Kindergeldanspruch besteht, muss die Einsatzstelle ggf. BFD-Freiwilligen die Summe zusätzlich auszahlen. Wegen der Übernahme der Sozialversicherungskosten ist der BFD für Träger deutlich attraktiver für die Aufnahme von Freiwilligen aus anderen Ländern als das FSJ / FÖJ. Klärungsbedarf gibt es noch, inwieweit die Bindung von BFD an FSJ-Plätzen für Träger, die bisher kein FSJ angeboten haben und dies auch nicht finanzieren können, ein ernsthaftes Hindernis ist.

Der Internationale Jugendfreiwilligendienst (IJFD)

Nicht im direkten Zusammenhang mit der Aussetzung des Zivildienstes steht das neue Förderprogramm Internationaler Jugendfreiwilligendienst (IJFD) des BMFSFJ. Es ist Ergebnis des massiven Protestes von Trägern und (ehemaligen) Freiwilligen gegen das Auslaufen der Förderung eines FSJ für anerkannte Kriegsdienstverweigerer. Daraufhin hat der Staatssekretär im BMFSFJ im Mai 2010 mit Träger-Vertretern eine Vereinbarung geschlossen, in der Grundzüge des am 1. Januar 2011 gestarteten Förderprogramms und die Begrenzung zunächst auf Träger, die vormals ein entsprechendes Angebot für Kriegsdienstverweigerer hatten, festgeschrieben sind. Mit der politischen Entscheidung der Bundesregierung, mit einem Teil der eingesparten Zivildienstmittel den Ausbau von Freiwilligendiensten zu fördern, wurde auch eine bessere Ausstattung des neuen Förderprogramms IJFD beschlossen. So ist im Gesetzentwurf für den BFD nicht nur der Anspruch auf Kindergeld und Waisenrente und die Aufnahme von „IJFD“-Freiwilligen in die gesetzliche Unfallversicherung vorgesehen, in den begründenden Erläuterungen steht auch, dass die IJFD – Förderung auf bis zu 3.000 Freiwillige im Jahr ausgebaut werden soll. Startpunkt hierfür wie auch für die von der Bundesfamilienministerin angekündigte Erhöhung der Pauschalen von jetzt 250 Euro je Freiwilligenmonat auf 350 Euro soll der 1. September sein. Während die Richtlinie Ende Dezember 2010 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde und damit pädagogische Begleitung, soziale Sicherung, Taschengeld u.a. Fragen geregelt sind, gibt es noch Unklarheiten über Verfahrensfragen. Interessierte Organisationen können beim beauftragten Bundesamt für den Zivildienst bereits ihre Trägeranerkennung beantragen, aber die Rolle von vorgesehenen Zentralstellen und

des BAZ, was genau wie abgerechnet werden kann, wie Nachweise auszusehen haben u.a. für die Träger wichtige Fragen sind noch in der Diskussion. Da fällt es ihnen schwer, schon mal (weitere) Freiwillige unter Vertrag zu nehmen und auf gute Förderbedingungen zu hoffen.

Weltwärts

Vor drei Jahren hatte noch das neue Förderprogramm „weltwärts“ für den „entwicklungspolitischen Freiwilligendienst“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Bewegung in die Szene gebracht. Mittelfristig versprach die damalige Bundesministerin, sollten mit 70 Mio. Euro die Entsendung von 10.000 jungen Menschen gefördert werden. Die maximale Förderhöhe von 580 Euro + Krankenversicherungskosten trug dazu bei, dass viele Entwicklungsorganisationen Freiwilligendienste für sich entdeckten, über 200 Träger ließen sich beim BMZ anerkennen. Neben der Entsendung von Freiwilligen fördert das BMZ auch Begleitmaßnahmen und Rückkehrarbeit. Mittelknappheit und Regierungswechsel haben dann aber manche „Träume“ platzen lassen; die Zahl der geförderten Entsendungen wird sogar von 4.400 (2010) auf maximal 3.300 (2011) sinken. Zudem sind viele Träger (und ihre Verbände) von Bürokratie und Einflussnahme des BMZ ermüdet. Der scheinbare Geldregen erwies sich aufgrund von Auflagen als trügerisch. Manche überlegen nun, stattdessen auf den IJFD zu setzen. Vielleicht verbessert sich vieles noch durch die (Zwischen-)Ergebnisse der laufenden Evaluierung von weltwärts.

Unter dem Strich ist festzuhalten, dass die internationalen Freiwilligendienste aus ihrem Nischendasein hervorgeholt wurden und auch nationale Programme auf ein deutlich größeres gesellschaftliches und politisches Interesse gestoßen sind. Verbunden ist die erheblich höhere öffentliche Förderung mit staatlichen Steuerungs- und Gestaltungsbemühungen, denen sich die vielfältige bunte Trägerlandschaft bisher kaum zur Wehr setzen konnte. Letzteres gilt übrigens auch für den Europäischen Freiwilligendienst ...

Jan Gildemeister

Organisationen, die Freiwilligendienst als Friedensdienst anbieten: www.friedensdienst.de
Datenbank mit Freiwilligenstellen im Ausland: www.entwicklungsdienst.de
Beratung für Trägerorganisationen: www.kef-online.org

Weitere Informationen „aus aller Welt“ zum Thema Friedensbildung, Bundeswehr & Schule

Entschließung zur Friedensethik in der Schulen

Der Konvent der Friedensbeauftragten und Beistandspfarrrer für KDV in den Evangelischen Landeskirchen in Württemberg und Baden hat eine Stellungnahme zum Einsatz der Bundeswehr in Schulen und damit zusammenhängenden Fragen der Friedensethik im Unterricht beschlossen:

www.frieden-schaffen.de/kdv.schriften/kdv-schriften.friedensethikinschulen/index.html

Terre des hommes gegen Engagement der Bundeswehr an Schulen

In einer Pressemitteilung vom 12.1.2011 fordern terre des hommes und die Kindernothilfe die Auflösung der Kooperationsvereinbarungen der Kultusministerien der Länder mit der Bundeswehr. Laut Danuta Sacher, der Geschäftsführerin von terre des hommes, verletzen die Informationsveranstaltungen der Jugendoffiziere in Schulen die Prinzipien der Kinderrechtskonvention. Terre des hommes, Kindernothilfe und andere Organisationen haben sich in der ersten Januarwoche mit einem entsprechenden Brief an den - inzwischen zurückgetretenen - Verteidigungsminister zu Guttenberg gewandt.

Weiter berichtet terre des hommes, dass sich Schülervertretungen, Eltern- und Lehrerkonferenzen gegen die Einladung von Soldaten in den Unterricht wehren können.

http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/bundeswehr.htm

Zudem ist es möglich, dass Eltern für ihr Kind einen Antrag auf Befreiung von der Teilnahmepflicht am Unterricht stellen. Drei Sätze sind dafür ausreichend, ein Muster finden Sie unter:

http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/media/Befreiungsantrag_Bundeswehr_an_der_Schule.pdf

Übersicht der Kooperationsvereinbarung der Bundeswehr mit den Kultusministerien der Länder

Am 22.12.2010 wurde zwischen dem sächsischen Ministerium für Kultus und Sport und dem Wehrbereichskommando III der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Damit ist Sachsen das achte Bundesland neben Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern, mit dem die Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung geschlossen hat.

Unter dem damaligen Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung erhielten die Ministerpräsidenten der Länder – ausgenommen Nordrhein-Westfalen und das Saarland, mit denen bereits Vereinbarungen bestanden – mit Schreiben vom 16. Juni 2009 die Empfehlung, Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien der Länder und der Bundeswehr zu schließen.

Im Folgenden der Stand in den 16 Bundesländern, auf Grundlage einer Übersicht von Klaus Pfisterer / DFG-VK Baden-Württemberg:

Baden-Württemberg: Kooperationsvereinbarung seit 04.12.2009.

Bayern: Kooperationsvereinbarung seit 08.06.2010.

Berlin: Keine Kooperationsvereinbarung und auch keine in der aktuellen Legislaturperiode, da DIE LINKE diese ablehnt.

Brandenburg: keine Kooperationsvereinbarung

Bremen: hält den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung für entbehrlich, da sich die bisherige Zusammenarbeit mit der Bundeswehr bewährt habe.

Hamburg: keine Kooperationsvereinbarung und in der aktuellen Legislaturperiode wird es (laut und wegen der Grünen in der Landesregierung) auch keine geben.

Hessen: Kooperationsvereinbarung seit 04.11.2010.

Mecklenburg-Vorpommern: Kooperationsvereinbarung seit 13.07.2010. Ein erster Entwurf wurde Anfang Juni 2010 abgelehnt, da er das Thema Afghanistan nicht ausgewogen darstellte.

Niedersachsen: Anfrage der Grünen (April 2010) auf welcher Grundlage Veranstaltungen der Bundeswehr stattfinden.

Nordrhein-Westfalen: Kooperationsvereinbarung seit 29.10.2008, die laut einem Düsseldorfer Jugendoffizier sogar eine Idee des Schulministeriums und nicht der Bundeswehr gewesen sein soll.

Rheinland-Pfalz: Kooperationsvereinbarung seit 25.02.2010. Es gibt Gespräche zwischen Friedensgruppen und dem Schulministerium über eine Vereinbarung zu Friedensbildung.

Saarland: Kooperationsvereinbarung seit 25.03.2009.

Sachsen: Kooperationsvereinbarung seit 22.12.2010

Sachsen-Anhalt: keine Kooperationsvereinbarung

Thüringen: Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen vom April 2010, ob eine Kooperationsvereinbarung bestehe oder geplant sei.

Schleswig-Holstein: lehnt eine Kooperationsvereinbarung ab. Man wolle diese „institutionelle Zusammenarbeit“ nicht, heißt es im Kultusministerium. Es gibt Berichte über Kasernenbesuche, bei denen die Schüler am Schießsimulator üben durften.

Eine vergleichende Auswertung der bestehenden Kooperationsvereinbarungen durch den Friedensbeauftragten der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens Johannes Neudeck hält fest, dass es außer in den Vereinbarungen in Rheinland-Pfalz und im Saarland einen expliziten Hinweis auf das Verbot gibt, Nachwuchs für die Bundeswehr zu werben. Ebenso betonen alle Kooperationsvereinbarungen außer den beiden genannten, dass die Schulen eigenständig über die Ausgestaltung der Vereinbarung entscheiden. Einen expliziten Hinweis auf die Freiwilligkeit der Teilnahme der Schulen/Pädagogen gibt es nur in Hessen und Sachsen und den Hinweis, auch Referenten anderer Einrichtungen in den Unterricht einzubeziehen, ausschließlich in Hessen.

Dass das Verbot, Nachwuchs für die Bundeswehr zu werben, praktisch schwer umzusetzen ist, räumt selbst der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus in einem Gespräch mit Andreas Focken in der NDR-Sendung „Streitkräfte und Strategien“ am 2.1.2011 ein. Auf die Frage, ob die Grenzen zwischen informieren und werben nicht fließend seien, antwortet er: „Ja, das ist immer so, dass die Grenze zwischen informieren und werben nicht klar, oder je nach Standort jedenfalls zu definieren ist.“ (Seite 6 der folgenden PDF)

http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript237.pdf

GEW gegen Bundeswehr-Werbung in der Schule

In ihrem Beschluss vom März 2010 lehnt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab. Sie empfiehlt, Jugendoffiziere nur einzuladen, solange die politische Ausgewogenheit gegeben ist und Friedensorganisationen und Friedensinitiativen ebenfalls an Schulen präsent sind. Während es in Rheinland-Pfalz Gespräche zwischen Friedensaktivisten und dem Schulministerium gibt, die zu einer Vereinbarung führen könnten, lehnt zum Beispiel das baden-württembergische Kultusministerium eine Kooperationsvereinbarung mit Friedensorganisationen ab. (Siehe Seite 21 der E&W Niedersachsen 2/2011)

http://www.gew-nds.de/E_W/feb11/EuW_03_2011.pdf

Sonstiges

Friedenskonsultation

Unter dem Motto „Selig sind, die Frieden bilden - Aktuelle Herausforderungen und Perspektiven der Friedenspädagogik“ findet vom 9. bis 11. Mai 2011 im Zinzendorfhaus, Neudietendorf bei Erfurt die 31. Friedenskonsultation der landeskirchlichen Friedensausschüsse und christlichen Friedensdienste statt. Es wird die Frage behandelt, wie eine angemessene Friedensbildung aussieht und was die Theologie und Religionspädagogik dazu beitragen kann.

Infos: www.zentrum-oekumene-ekhn.de

Lehrangebot

Die Universität Hamburg bietet ein Interdisziplinäres Lehrangebot *Peacebuilding* an. Diese Initiative wird durch HochschullehrerInnen unterschiedlicher Bereiche in Zusammenarbeit mit dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) getragen. Mehr Informationen unter:

<http://www.znf.uni-hamburg.de/Friedensbildung/>

Peace Counts

Berichte über Krieg und Zerstörung sind Alltag in den Medien, nicht aber Beiträge über Versöhnung und Wiederaufbau.

Mit der Frage: Wie macht man eigentlich Frieden? haben Fotografen und Reporter von Peace Counts weltweit Konfliktregionen bereist, vorbildliche Friedensmacher begleitet und ihre erfolgreiche Arbeit in Form von faszinierenden Reportagen

aufbereitet. Die grundlegende These lautet: Peace is possible! Peace Counts School entwickelte zu der Ausstellung ein pädagogisches Begleitprogramm für Schulklassen. Mehr zur Ausstellung und Projekt beim Institut für Friedenspädagogik in Tübingen

www.friedenspaedagogik.de

Das Fränkische Bildungswerk für Friedensarbeit e.V. (FBF) stellt für den Nürnberger Raum eine mobile Ausstellung zur Verfügung und kommt damit an Schulen.

Bei Interesse findet sich mehr auf der Homepage:

http://www.fbf-nuernberg.de/?Peace_Counts

Hinweise auf Initiativen

Am Ende möchten wir wieder auf unterschiedliche Initiativen und Homepages aufmerksam machen.

Der Bayerische Elternverband wehrt sich gegen die Werbung von Nachwuchs der Bundeswehr an Schulen und wendet sich mit einer Petition an den Bayerischen Landtag. Zum einen fordert der Verband mit seiner Petition, dass die Entscheidung über eine Einladung von Bundeswehrvertretern beim Schulforum (besteht aus Vertretern der Lehrer-, Eltern-, und Schülerschaft) liegen müsse, zum anderen, dass Schüler aus Gewissensgründen einer Bundeswehr-Veranstaltung fern bleiben können.

http://www.walther-text.de/BEV-Petition_Bundeswehr%20an_Schulen.pdf

Unter dem Motto „kehrt marsch – den Bundeswehr-Werbefeldzug stoppen“ koordiniert eine kleine Gruppe antimilitaristischer AktivistInnen aus verschiedenen Städten diese Kampagne und die Website. Ein Blick lohnt sich!

<http://www.kehrt-marsch.de/>

Die Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V. stellt auf ihrer Homepage „Bundeswehr Monitoring“ Dokumente und Materialien zum Thema Bundeswehr bereit. Die Auswahl ist sehr groß und vollständig!

<http://www.bundeswehr-monitoring.de/>

Eine ebenfalls Bundeswehr kritische Seite ist www.bundeswehr-wegtreten.org. Zielsetzung der Initiative Bundeswehr-Wegtreten ist es, die Bundeswehr in ihrem Streben nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz bei ihrer Selbstinszenierung im öffentlichen Raum anzugreifen.

Unter dem Motto „Warnung! Du verlässt den Bereich der üblichen Nachrichten. Hier kommt ein Blog, vor dem dich deine Eltern immer gewarnt haben: Kritisch, am Widerstand und an der unkonventionellen Wahrheit orientiert“ berichtet Dr. Burkhard Luber über gesellschaftlich brisante Themen. Unter anderem nimmt er fortlaufend kritisch zur Bundeswehr Stellung:

<http://der-unbequemblog.blogspot.com/search/label/Bundeswehr>

EN-PAZ www.en-paz.de – die junge Community der Stiftung Friedensbewegung – hat sich zum Ziel gesetzt, mit der Friedensbewegung auch bei den jungen Generationen anzukommen und eine Seite mit Information und Austauschmöglichkeiten eingerichtet.